

Was ist los in Kolumbien?

L!NX, CC BY 4.0 - Ein Beitrag von Tininiska Zanger und Adriana Yee Meyberg

Der Konflikt in Kolumbien hat sich als der längste und einer der komplexesten bewaffneten Konflikte der Welt etabliert. Seit der Kolonialzeit ist die Geschichte des Landes von Gewalt geprägt, einer rassistischen Gewalt, die zu einer extremen Ungleichheit bei der Verteilung des Reichtums führte. Diese Ungleichheit in Kolumbien besteht bis heute fort und ist ein zentraler Punkt in den zahlreichen gewaltvollen Auseinandersetzungen.

*Allein zwischen 1985 und 2018 wurden über 450.000 Menschen im Kontext des Konflikts getötet. 90% von ihnen waren Zivilist*innen. Insgesamt wurden etwa 20% der Bevölkerung direkte Opfer des Konflikts. Über eine Millionen Menschen sind zwischen 1982 und 2020 aus Kolumbien geflohen. Fast 8 Millionen Menschen wurden in diesem Zeitraum innerhalb Kolumbiens vertrieben. Insgesamt wurden 121.768 Menschen Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen.*

Welche sind die Konfliktursachen?

Kolumbien schneidet aktuell in Lateinamerika bei der ungleichen Landverteilung am schlechtesten ab, gefolgt von Peru und Chile. Nur 1 % der Landbesitzer*innen bewirtschaften mehr als 80 % der Agrarflächen im ganzen Land, während sich die übrigen 99 % nur 20 % des Bodens teilen. Die extreme Konzentration von Grund und Boden in den Händen einiger weniger und die damit verbundenen Auseinandersetzungen über den Zugang zu Land und Besitz sind zentrale Faktoren, die zu dem bis heute andauernden bewaffneten Konflikt führen.

Seit der Kolonialzeit wurde die Konzentration riesiger Landflächen in den Händen einiger weniger zur Normalität. Diese Besitzverhältnisse wurden durch Gewalt aufrechterhalten und hergestellt und die gewaltvolle Vertreibung von Kleinbauern und -bäuerinnen war in Kolumbien in den letzten Jahrhunderten an der Tagesordnung. So wurde die große Mehrheit der ländlichen Bevölkerung, darunter historisch ausgegrenzte indigene und Schwarze Gemeinschaften, enteignet und verarmt. Diese Armut festigte sich Generation für Generation. Die Versuche, diese Verhältnisse zu verändern wurden von Seiten der Machthaber*innen mit Gewalt beantwortet und brutal niedergeschmettert.

Ein Teil des Landes wird nur in Hinblick auf seine natürlichen Ressourcen als relevant betrachtet. Dies führte zu einem Entwicklungsmodell, welches auf Extraktivismus basiert, und zu einer gewaltvollen Durchsetzung von Politiken, die dieses Modell begünstigen. Soziale Anführer*innen und Gemeinschaften, die sich gegen dieses Entwicklungsmodell wehrten und ihre Territorien verteidigten, wurden Opfer zahlreicher Menschenrechtsverletzungen.

[Ein Land von Binnenvertriebenen](#)

Ende 2021 war Kolumbien nach Syrien und der Demokratischen Republik Kongo auf Platz 3 der Länder mit den meisten intern Vertriebenen weltweit. Es gibt in Kolumbien um die 8.000.000 intern vertriebene Personen.

Wer trägt die Verantwortung?

Staatliche und illegale bewaffneten Akteure sind verantwortlich aber auch Großgrundbesitzer*innen, Viehzüchter*innen und große Agrarunternehmer*innen, die sich durch Drohungen, Zwangskäufe und Massaker Millionen von Hektar Land angeeignet haben.

Die Mehrheit der Vertriebenen kam in die großen städtischen Zentren des Landes an, weitgehend ohne die Unterstützung staatlicher Institutionen. So entstanden in den städtischen Randbezirken nach und nach Invasionsviertel mit extrem schlechten Lebensbedingungen, deren Einwohner*innen keinen Zugang zu Grundrechten wie Ernährung, Gesundheit oder Bildung haben. Junge Menschen, die unter diesen Umständen aufwachsen und deren Leben von Perspektivlosigkeit geprägt ist, entscheiden sich oft für ein Leben in der Kriminalität.

Die Gründe für das Fortbestehen des Konflikts

Die Gründe für das Fortbestehen des Konflikts sind der fehlende politische Wille zur Umsetzung von Maßnahmen für grundlegende Veränderungen, die zu einer gerechteren Verteilung und Zugang zu Ressourcen und Grundrechten führen. Es gibt eine mächtige wirtschaftliche und politische Elite, die sich einer demokratischen Öffnung widersteht. Sie bekämpft die gesellschaftspolitischen Prozesse, die ihre Privilegien herausfordern, mit allen (legalen und illegalen) Mitteln. Linke Sektoren, Aktivist*innen, Gewerkschaftler*innen, Menschenrechtler*innen sowie Student*innen, Indigene und Afrokolumbianer*innen, die sich politisch organisieren, um ihre Rechte auf Teilhabe einzufordern, werden seit jahrzehntelang systematisch verfolgt, kriminalisiert und ermordet.

Dazu kam in den 1970er Jahren der Drogenhandel, in dem alle Konfliktakteure involviert gewesen sind. Es wurde Teil der Kriegsökonomie. Nach und nach konsolidierte sich eine Mafiakultur im Land, die grausame Praktiken einführt. Obwohl der Drogenhandel keine Ursache des Konflikts ist, ist er ein zentraler Faktor in seiner Eskalation und Erweiterung.

Die Akteure des Konflikts

Im kolumbianischen Konflikt spielen zahlreiche Akteure mit. Es ist oft schwierig, klare Abgrenzungen zwischen den verschiedenen Akteuren zu ziehen. Oft sind die Grenzen zwischen ihnen verschwommen, und in vielen Fällen wechseln Mitglieder einer Gruppe in die andere. Sowohl die legalen als auch die illegalen bewaffneten Akteure sind verantwortlich für gravierende Menschenrechtsverletzungen.

Die Guerrillas

Die Gründung der Guerillas steht in Verbindung zur sozialen, ökonomischen und politischen Ausgrenzung und den fehlenden Räumen der politischen Teilhabe. Es gab in Kolumbien zahlreiche Guerillas im Laufe des 20. Jahrhunderts. Die bekanntesten unter ihnen sind die FARC-EP, die ELN, die EPL, und die M-19. Es handelt sich bei allen um linke Guerillas, die mehrheitlich in den 1960er und 1970er Jahren gegründet wurden.

Verschiedene Gruppen, ein Kampf

Die Guerrillas teilten den antikapitalistischen Kampf und gründeten in den 1980er Jahren das Nationale Guerrilla Koordinationskomitee Simón Bolívar. Die FARC-EP, die ELN, die EPL, die M-19, die bewaffnete Bewegung Quintín Lame und die Revolutionäre Arbeiterpartei - PTR haben fast ein Jahrzehnt lang zusammengearbeitet.

Revolutionäre bewaffnete Streitkräfte Kolumbiens - Volksarmee (FARC-EP)

Die FARC-EP wurde 1964 als bäuerliche Selbstverteidigungsgruppe gegründet. Sie hatte eine marxistisch-leninistische Ideologie und ihre militärische Strategie bestand hauptsächlich im Guerillakrieg. Ihre Anfänge liegen in den liberalen Guerillas der 1950er Jahre. Die Gründer*innen der FARC waren Bauern und Bäuerinnen, die sich im Zuge der Gewalt, Repression und Vertreibung zu einer Guerilla zusammenschlossen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Ihr Ziel war den bestehenden Reichtum umzuverteilen. Sie war im gesamten Land aktiv. Anfang der 2000er Jahre kontrollierte die FARC ungefähr 40% des nationalen Territoriums, und hatte im Jahr 2007 um die 18.000 Mitglieder. Die FARC war die älteste Guerillagruppe weltweit, bis sie 2016 einen Friedensvertrag mit der kolumbianischen Regierung unterzeichnete, ihre Waffen ablegte und den Prozess der Wiedereingliederung ins zivile Leben begann. Die ehemaligen FARC gründete die Partei FARC, 2021 in Comunes unbenannt.

Eine Minderheit der FARC-Mitglieder griffen jedoch im Nachhinein erneut zu den Waffen und gründeten die Guerilla-Gruppe „FARC-EP, die zweite Marquetalia“ als Antwort zu der Nichtumsetzung des Abkommens seitens der Regierung und der systematischen Ermordung der Ex-Kämpfer*innen. Diese Gruppen sind als Dissidenzen bekannt.

Die Kolumbianische Nationale Befreiungsarmee (ELN)

Die Kolumbianische Nationale Befreiungsarmee (ELN) wurde 1965 unter dem Einfluss der kubanischen Revolution (1959) gegründet. Ihre Ideologie speiste sich aus christlichen Elementen der Theologie der Befreiung. Die ELN ist im Gegensatz zu der stark vertikal und zentralisiert strukturierten FARC sehr dezentral aufgestellt. Die ELN ist einem eher urbanen, studentisch und gewerkschaftlich geprägten Milieu verbunden. Das Hauptziel dieser bewaffneten Gruppe ist die Einflussnahme auf die lokalen und regionalen Mächte. Die ELN greift vor allem Infrastruktureinrichtungen der Ölindustrie und des Bergbaus an. Gegenwärtig hat die ELN um die 2.500 Mitglieder.

Die M-19 (Bewegung 19. April)

Die M-19 wurde 1970 in Folge eines erklärten Präsidentschaftswahlbetrugs im selben Jahr gegründet. Sie unterschied sich von anderen subversiven Bewegungen, weil sie eine eher urbane Guerilla war und viele ihre Mitglieder aus einem akademischen-Mittelschicht-Milieu kamen. Sie verstand sich als eine antioligarchische, antiimperialistische Bewegung. Nach einem Friedensabkommen im Jahr 1990 gründeten sie die politische Partei Alianza Democrática M-19. Einige namenhafte Politiker, darunter der derzeitige Präsident Kolumbiens, Gustavo Petro, waren Mitglieder der M-19.

Die Nationale Volksbefreiungsarmee (EPL)

Die EPL (Nationale Volksbefreiungsarmee) wurde 1966 gegründet und hatte eine marxistisch-leninistisch-maoistische Ideologie. Die Mehrheit ihrer Mitglieder legte 1991 ihre Waffen nieder und gründete die Partei Esperanza, Paz y Libertad.

Die Paramilitärs

Der Paramilitarismus ist nicht nur ein bewaffneter Akteur. Es handelt sich um ein militärisches, politisches und gesellschaftliches rechtsextrems Projekt, welches Großteils durch die Ermordung von linken Politiker*innen und sozialen Aktivist*innen vorangetrieben wurde. Er steht in enger Verbindung zum Drogenhandel und Drogenkartellen. Der Paramilitarismus ist der gewaltvollste Akteur im kolumbianischen Konflikt. Er ist verantwortlich für die meisten Menschenrechtsverletzungen.

Paramilitärische Strukturen entstanden zu Beginn des XX Jahrhunderts, als der bewaffnete Arm der Konservativen Partei. Paramilitärische Gruppen expandierten in den 1980er unter dem Deckmantel der Aufstandsbekämpfung. Sie dienten als Privatarmeen von Politiker*innen und Großgrundbesitzer*innen, verteidigten den Erhalt von wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Privilegien, suchten die Ausweitung des Privateigentums und der Einnahmen anhand von Landraub und Mord. Sie suchten die Territorialkontrolle anhand der Ausrottung verfeindeter bewaffneter Gruppen und einer gewaltvollen Form von sozialer Kontrolle.

In den 1990er Jahren schlossen sich die verschiedenen paramilitärischen Gruppen zusammen und gründeten die Vereinigten Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens (AUC). Rund 30.000 Kämpfer*innen der AUC legten zwischen 2003 und 2006 im Rahmen eines Demobilisierungsprozesses ihre Waffen ab. Dennoch bildeten sich viele ihrer Mitglieder erneut zu post-paramilitärischen Gruppen zusammen, die sogenannten BACRIM (kriminelle Banden). Sie agieren als Drogenkartelle unter verschiedenen Namen, wie Águilas Negras, Autodefensas Gaitanistas (AGC), Clan del Golfo, Los Rastrojos oder Los Caparros. Die Demobilisierung der paramilitärischen Gruppen wird stark in Frage gestellt.

Der Staat

Der Staat spielt bei der Entwicklung und Aufrechterhaltung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien eine maßgebliche Rolle. Historisch hat er systematisch illegitime Gewalt angewandt, um Demokratisierungsprozesse zu stoppen. Er ist verantwortlich für zahlreiche Menschenrechtsverletzungen und stellte sie stets als Kollateralschaden des „Kampfes gegen den Terrorismus“ dar.

Der kolumbianische Staat hat, durch Handlung und Unterlassung, die Entwicklung des Paramilitarismus gebilligt, und hat auch eine strukturelle Verantwortung in der Entstehung paramilitärischer Strukturen. Verschiedene Regierungen, politische Eliten und das Militär haben über die letzten Jahrzehnte mit dem Paramilitarismus kooperiert, und sie haben ihn

minimiert und rechtfertigt. Es ist schwierig, die Grenzen zwischen Paramilitarismus und Staat zu ziehen.

Eine der schlimmsten systematischen Menschenrechtsverletzungen seitens der Staat ist die Ausrottung der linken Partei Union Patriótica (UP) nach ihrer Gründung 1985. Darüber hinaus muss sich der kolumbianische Staat vor dem Gesetz für die außergerichtliche Hinrichtung von mindestens 6.402 Zivilist*innen verantworten, die zwischen 2002 und 2008 von der Armee gewaltsam oder durch Täuschung gefangen genommen, ermordet und später als im Kampf getötete Guerilleros dargestellt wurden.

6000 Mitglieder wurden ermordet inkl. Präsidentschaftskandidaten. Dieses Verbrechen wurde offiziell als ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit deklariert, bleibt jedoch bis heute straflos.

Unternehmer*innen und Großgrundbesitzer*innen

Großunternehmer*innen, Großgrundbesitzer*innen und Viehzüchter*innen haben direkt am kolumbianischen Konflikt mitgewirkt und auch von diesem profitiert. Besonders gesellschaftliche Gruppen, die Land und Eigentum angehäuft haben, haben sich durch Enteignung, mit dem bewaffneten Konflikt und dem Drogenhandel verbundene Wirtschaftszweige bereichert oder politische Macht erlangt. Darunter fallen auch multinationale Unternehmen wie beispielsweise Coca-Cola, welches mit dem Paramilitarismus kooperierte, um Gewerkschafter*innen ermorden zu lassen oder Ländereien aufzukaufen. Das gleiche wiederholt sich seitens der Betreibern von Palmöl-, Bananen- Zuckerrohrplantagen und Minen.

Mafiöse Strukturen und Drogenkartelle

In den 1970er und 1980er Jahren konzentrierten sich die Drogenkartelle vor allem in den Städten, die bekanntesten sind das Medellín-Kartell und das Cali-Kartell. Sie kooptierten den kolumbianischen Staat und kollaborierten mit paramilitärischen Gruppen. Sie sind verantwortlich für eine Vielzahl der politischen Verfolgung, Morde und Vertreibung. Diese Kartelle wurden in den 1990er Jahren aufgelöst, allerdings ist nach dieser Zeit der Anbau von Kokapflanzungen enorm angestiegen. Nach dem Zusammenbruch der Kartelle sind neue Gruppen entstanden, die ihre Aktivitäten teilweise nach Mittelamerika und Mexiko verlagert haben.

Die Beteiligung der Guerrillas am Drogenhandel hatte vorrangig mit dem Produktionsprozess des Kokains zu tun. Die Guerilla finanzierte sich durch die Erhebung von Gebühren für die Bewachung illegaler Ernten, die Besteuerung von Labors und die Nutzung illegaler Landebahnen. Die paramilitärischen Gruppen haben seit ihrer Zusammenarbeit mit dem Medellín-Kartell und dem Cali-Kartell in den 1980ern eine direkte Verbindung zum Drogenhandel. Der Drogenhandel dient im bewaffneten Konflikt sowohl den Guerrillas als auch den Paramilitärs als Finanzierungsquelle.

Internationalisierung des Konflikts

Der kolumbianische Konflikt kann nur verstanden werden, wenn wir ihn in einen globalen Kontext stellen. Dieser Kontext des Kalten Krieges und des antikommunistischen Kampfes und Widerstands in verschiedenen Teilen der Welt lieferte nicht nur ideologische Bezugspunkte und wirtschaftliche Ressourcen, sondern übte seit Beginn des Konflikts auch einen starken Druck aus, der die Eskalation des Konflikts förderte.

Der Konflikt spiegelte auch im lokalen Kontext die Konfrontation zwischen zwei gegensätzlichen Gesellschaftsmodellen wider. Das sozialistisch-kommunistische Modell gegenüber dem kapitalistischen, kolonialen Modell, das auf Großgrundbesitz basierte. Sowohl interne als auch externe Akteure haben sich um zwei Arten der internationalen Zusammenarbeit bemüht: erstens um politische Unterstützung und Anerkennung von außen und zweitens um militärische und logistische Unterstützung für die Kriegsführung.

Auf internationaler Ebene hat Kolumbien eine hohe geostrategische und wirtschaftliche Relevanz: Es hat eine Pazifik- und eine Atlantikküste und grenzt unter anderem an Venezuela, ein Land, das den U.S.A seit Ende der 1990er ein Dorn im Auge ist. Kolumbien erlaubt die Unterhaltung von neun U.S-amerikanischen Militärstützpunkten auf seinem Territorium und ist seit dem kalten Krieg mit seiner rechten, neoliberalen Regierung ein konstanter Verbündeter der U.S.A und Europa, sowie Vertreter ihrer wirtschaftlichen Interessen in Lateinamerika gewesen.

Eine Veränderung des politischen und wirtschaftlichen Systems zugunsten der Mehrheit wirkt sich unmittelbar auf die neokoloniale Ausbeutungslogik zwischen den Vereinigten Staaten, Europa und Kolumbien aus. Aus diesem Grund wurde die Aufstandsbekämpfung von den USA und ihren Verbündeten nicht nur finanziell, sondern auch mit Ausbildung, militärischer Unterstützung, Logistik und starker Medienpropaganda so vehement unterstützt.

Im Jahr 2000 wurde unter der Regierung von Andrés Pastrana der „Plan Colombia“ mit den USA vereinbart. Die bereitgestellten Gelder flossen zu 71% in das Militär und die Polizei. Der Plan Colombia erntete große Kritik aufgrund seiner Unwirksamkeit und seiner katastrophalen Auswirkungen auf Menschenrechte, Gesundheit und Umwelt, letztere unter anderem in Folge des massiven Einsatzes der Herbizides Glyphosat.

Ist Deutschland involviert?

Auch Deutschland hat wirtschaftliche Interessen in Kolumbien. Deutschland ist der fünftgrößte Handelspartner Kolumbien und der größte Handelspartner innerhalb der EU im Rahmen eines Freihandelsabkommens seit 2013. Zuletzt vereinbarten im Frühjahr 2022 Bundeskanzler Olaf Scholz und der damalige kolumbianische Präsident Iván Duque die Erhöhung des Imports kolumbianischer Steinkohle nach Deutschland. Auf diese Weise bezweckte Deutschland einen Teil seines Bedarfs an russischer Kohle ersetzen.

Auf wessen Kosten?

Die größten Kohleexporteure in Kolumbien haben zahlreiche Menschenrechts- und Umweltverletzungen begangen, von denen vor allem die in den Abbaugebieten lebenden Gemeinden betroffen sind. Nach dem Wahlsieg von Gustavo Petro, der erste linksgerichtete Präsident Kolumbiens im Juni 2022, kündigte dieser eine Abkehr von der Förderung fossiler Brennstoffe im Land an.

Venezuela und Ecuador sind wichtige Verbündete bei der Lösung des bewaffneten Konflikts in Kolumbien. Alle Länder der Region haben mehrmals ihre Unterstützung für den Friedensprozess mit den FARC und die damit verbundenen Vorteile für die Stabilisierung der Region zum Ausdruck gebracht. Die Regierung unter Petro nach seinem Amtsantritt offiziell die Beziehungen mit Venezuela wieder auf. Im November 2022 nahm die kolumbianische Regierung unter erneut die Friedensverhandlungen mit der ELN in Venezuela auf.

Die Geschichte des Konflikts

Chronologie des Konflikts

Es ist schwierig, einen konkreten Zeitpunkt des Beginns des kolumbianischen Konflikts zu nennen, weil seine historischen Ursachen weit in die Vergangenheit in die Zeit der spanischen Kolonialzeit reichen.

1948 — 1957 - La Violencia

1948 Wurde der liberale Präsidentschaftskandidat Jorge Eliecer Gaitán in der Hauptstadt Bogotá ermordet. Gaitán war ein linksliberaler Anführer und genoss unter der verarmten Bevölkerung eine große Popularität. Nach seinem Mord fanden zahlreiche, nationalweite Proteste und soziale Unruhen statt, die die Regierung mit Gewalt beantwortete. Der Mord an Gaitán verstärkte eine bereits existierende Konfrontation zwischen den liberalen und den konservativen Kräften des Landes. Die konservative Regierung hatte eine politische Polizei; auf der anderen Seite entstanden liberalen Selbstverteidigungsgruppen von Bauern und Bäuerinnen, die zu den Waffen griffen, um sich gegen die konservative staatliche Repression zu verteidigen. Rund 300.000 Menschen starben in dieser Zeit. Diese Periode wird als La Violencia (Die Gewalt) bezeichnet.

1958-1974 – Der Frente Nacional und Gründung von Guerillas

1958

1958 schlossen die liberale und konservative Partei einen Pakt der nicht-Aggression. Sie einigten sich darauf, sich für die kommenden 16 Jahre in der Regierung des Landes abzuwechseln. Diese Machteinteilung war ein Pakt zwischen den Eliten des Landes. Ein wichtiger Teil des politischen Spektrums war somit von der politischen Beteiligung ausgeschlossen. Da die demokratischen Kanäle der politischen Partizipation blockiert waren, wählten einige Bauer, marginalisierte Bevölkerungsteile und die politische Linke den Weg des bewaffneten Kampfes, um sich politisch Gehör zu verschaffen und um ihre Grundrechte zu kämpfen.

1964

Operación Marquetalia und Entstehung der FARC-EP

1964 fand die Operación Marquetalia statt. Die Regierung griff sogenannte „unabhängige Republiken“ an, die aus Bauern und Bäuerinnen bestanden, die zum Teil liberalen Selbstverteidigungsgruppen angehörten. Nach diesem Angriff formalisierten sich verschiedene große Guerillagruppen als Reaktion auf die staatliche Gewalt und die Unterwerfung der Oligarchien. Ihr zentrales politisches Ziel war eine Agrarreform zu Gunsten der Kleinbauern und -bäuerinnen. In diesem Jahr wurden die marxistische FARC-EP-Guerilla, die Revolutionären bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee gegründet.

1965

Gründung der ELN

1965 wurde die ELN-Guerilla (Nationale Befreiungsarmee) gegründet. Ihre ideologische Grundlage war die Befreiungstheologie, eine revolutionäre theologische Strömung. Am 5. Januar 1965 führt die ELN ihre erste militärische Aktion durch und erobert die Stadt Simacota in Santander. Hier veröffentlicht die Gruppe das "Manifiesto de Simacota" (Simacota-Manifest), in dem sie ihre Existenz öffentlich bekannt gibt.

1967

Gründung der EPL

In diesem Jahr wurde die EPL (Populäre Befreiungsarmee) gegründet

1970

Gründung der M-19

1970 wurde nach einem Wahlbetrug bei den Präsidentschaftswahlen aus Protest die (mehrheitlich urbane) linksgerichtete Guerilla M19 gegründet.

1984

La Uribe - Abkommen

1984 unterzeichneten die FARC und die Regierung unter dem Präsidenten Belisario Betancur ein Übereinkommen eines bilateralen Waffenstillstands, um Friedensverhandlungen voranzutreiben. Dieser ist als Acuerdo de la Uribe bekannt.

1985 — 1988

Die Ausrottung der Unión Patriótica (UP)

Im Zuge der Friedensverhandlungen wurde 1985 die linke, politische Partei Unión Patriótica (UP) gegründet. Entwaffnete Mitglieder der FARC, aber auch Zivilist*innen aus diversen linken Strömungen wurden Teil der Partei. Nach den überraschend positiven Wahlergebnissen begann gegen diese Partei eine starke politische Verfolgung. Zwischen 1978 und 1990 wurden drei Präsidentschaftskandidaten der UP ermordet und die meisten der Überlebenden mussten ins politische Exil fliehen. Insgesamt wurden fast 6.000 Mitglieder ermordet oder

Opfer von gewaltsamem Verschwindenlassen. Die Ausrottung der Unión Patriótica ist als Verbrechen gegen die Menschheit eingestuft und ist bis heute straflos.

1985

Besetzung des Justizpalasts

1985 besetzten Mitglieder der M-19 Guerilla den Justizpalast in Bogotá. Sie wollten die Regierung dazu führen, getroffene Vereinbarungen einzuhalten, in dem sie Zivilist*innen, darunter auch die Richter*innen als Geiseln nahm. Daraufhin reagierte die kolumbianische Armee unverhältnismäßig gewaltvoll und heftig und stürmte das Gebäude, ohne Rücksicht auf sich darin befindender Zivilist*innen. Dies hatte 98 Tote und 11 verschwundene zur Folge. Die Besetzung und gewaltvolle Stürmung des Justizpalastes wurden bis zum heutigen Tag nicht endgültig aufgearbeitet.

1990

Friedensvereinbarung mit der M-19-Guerrilla

1990 legte die Guerilla M-19 ihre Waffen nieder. Sie gründete die Partei Alianza Democrática M-19 (Demokratische Allianz M-19), von der auch zahlreiche Mitglieder - darunter auch ein Präsidentschaftskandidat - ermordet und Opfer von Attentaten wurden. Auch in diesem Jahr wurde das Camp der FARC „Casa Verde“ von der kolumbianischen Armee bombardiert. Dieser Angriff, zusammen mit der systematischen Ermordung der Mitglieder der UP führten zum Scheitern der Friedensbemühungen.

1991

Die Verfassung vom 1991

1991 wurde eine neue Verfassung verabschiedet, die durch progressive Kräfte und Studierende angetrieben worden war. Sie ersetzte bis dahin herrschende Verfassung von 1886 und war ein wichtiger Schritt für das Land. Unter anderem wurde Kolumbien als pluriethnischer Staat anerkannt, und konkrete Rechte für indigene und Schwarze Gemeinschaften wurden festgelegt.

1993

Mord von Pablo Escobar

1993 wurde der Mafiaboss Pablo Escobar ermordet.

1997

Gründung der rechten paramilitärischen Gruppe AUC

1997 wurde die rechte paramilitärische Gruppe AUC (Vereinigte Selbstverteidigungskräfte Kolumbiens) gegründet. Es handelte sich um die Vereinigung bereits bestehender paramilitärischer Gruppen unter einem Namen. Die Paramilitärs sind die Hauptverantwortlichen für die Gewalt im Land.

1998

Gescheiterte Friedensverhandlungen in Caguán

1998 fanden erneut Friedensverhandlungen zwischen der kolumbianischen Regierung und der FARC-EP statt. Die Friedensverhandlungen scheiterten erneut im Jahr 2002 aufgrund von nicht eingehaltenen Vereinbarungen und die begrenzte Fähigkeit der Regierung, der Notwendigkeit eines Strukturwandels nachzugeben und so die Verhandlungen voranzubringen.

2000

Einführung des "Plan Colombia"

2000 wurde der „Plan Colombia“ zwischen der kolumbianischen und der U.S.-amerikanischen Regierung vereinbart. Die U.S.A. lieferten militärische und finanzielle Unterstützung über 2000 Millionen US-Dollar. Der Plan Colombia war ein Abkommen, das hinter dem Vorhang des Kampfes gegen den Drogenhandel einen blutigen Kampf gegen den Aufstand verkörperte und unzählige Opfer verursachte.

2002

Uribe wird zum Präsidenten gewählt

2002 wurde der Großgrundbesitzer Álvaro Uribe Vélez zum Präsidenten Kolumbiens gewählt. Er regierte bis 2010. Zwischen 1995 und 1997 war er Gouverneur im Departement Antioquia. Antioquia liegt im Nordwesten des Landes und ist eine Region, in der paramilitärische Kräfte sich konsolidiert haben. Gegen Uribe sind über 200 Strafverfahren im Kontext der Gründung und Finanzierung paramilitärischer Gruppen offen. Sein Wahlkampf und seine darauffolgende Präsidentschaft waren geprägt von einem Diskurs der „harten Hand gegen den Terrorismus“. Dieser Diskurs reduziert den bewaffneten Konflikt auf eine terroristische Bedrohung durch die FARC-Guerilla. Diese sollte deshalb mit allen Mitteln politisch und militärisch besiegt werden - auch mithilfe der Paramilitärs.

2006

Die Scheindemobilisierung des Paramilitarismus und die "Parapolitik"

2006 fand die Entwaffnung der Paramilitärs unter der Regierung Von Uribe Vélez statt. Diese Entwaffnung wurde stark kritisiert. Das Gesetz zur Entwaffnung sah für die ehemaligen Angehörigen der AUC Gefängnisstrafen von maximal acht Jahren vor. Die Meisten blieben nur 2 Jahren im Gefängnis. Der Fokus der Aussagen vor der Staatsanwaltschaft lag auf individuellen Handlungen und verschleierte dadurch systematische Gewaltmuster. Die Kommandanten der AUC wurden in die Vereinigten Staaten ausgeliefert, wo sie aufgrund von Drogenhandelsdelikten verurteilt wurden. Die Verantwortlichen für gravierende Menschenrechtsverletzungen mussten sich somit nicht vor der kolumbianischen Zivilgesellschaft für ihre Straftaten verantworten und leisteten daher keine Beiträge zur Wahrheitsfindung. Darüber hinaus bildeten sich nach der Entwaffnung der Paramilitärs sehr bald neue bewaffnete Gruppen, die genauso agierten. 2006 war auch das Jahr in dem Verbindungen und Pakte zwischen paramilitärischen Gruppen und Politiker*innen bekannt wurden.

2008

Außergerichtliche Hinrichtungen von Zivilisten

2008 kam an die Öffentlichkeit, dass zwischen 2002 und 2008 die kolumbianischen Streitkräfte mindestens 6.402 Zivilist*innen ermordeten und sie als im Kampf gefallene Guerilleros darstellten. Während der Regierung des Präsidenten Álvaro Uribe Vélez wurde ein Anreizprogramm für Armeeangehörige entwickelt. Durch ein perfides Belohnungssystem erhielten die Soldaten, die die meisten Guerilleros töteten, Beförderungen, Urlaubstage oder Geld. Das Militär suchte in Zusammenarbeit mit paramilitärischen Gruppen junge Menschen in den ländlichen Gebieten des Landes und in marginalisierten Stadtgebieten auf, entführte sie mit dem Versprechen auf Arbeit, ermordete sie und kleidete sie nachträglich in Guerilla-Uniformen. Die Opfer waren meist arme Jugendliche, Straßenbewohner*innen und Menschen mit Behinderungen. Die Familienangehörigen gründeten daraufhin die Organisation MAFAPO (Mütter der Falsos Positivos aus Soacha) und kämpfen seitdem gegen die Straflosigkeit und für eine historische Erinnerung dieser Verbrechen.

2010

Juan Manuel Santos wurde zum Präsidenten gewählt

2010 wurde Juan Manuel Santos zum kolumbianischen Präsidenten gewählt. Während der Uribe-Regierung war er Verteidigungsminister gewesen. Als Kandidat stand Santos im Wahlkampf für Kontinuität der Politik Uribes, auch bezüglich der ideologischen Interpretation des bewaffneten Konflikts als eine terroristische Bedrohung von Links.

2010

Das Landrückgabegesetz

2010 wurde das Gesetz über die Rückgabe von Land und die Entschädigung von Opfern verabschiedet. Dadurch sollen Millionen von vertriebenen Bauern und Bäuerinnen ihre Ländereien zurückbekommen. Die Landrückgabe geht nur langsam voran. Viele Begünstigte wurden nach Landrückgaben erneut von paramilitärischen Gruppen bedroht, vertrieben und ermordet. In verschiedenen Ermittlungs- und Gerichtsprozessen wurden Allianzen und Verbindungen zwischen paramilitärischen Gruppen und Viehzüchter-Verbänden, nationalen und internationalen Großkonzernen der Agrarindustrie, des Bergbau- und Energiesektors nachgewiesen.

2012

Friedensverhandlungen in Havanna

2012 begannen in Havanna, Kuba, erste Friedensverhandlungen zwischen der Santos-Regierung und den FARC - EP

2016

Das Referendum gegen den Frieden

2016 wurden die Friedensverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. Ein Referendum fand statt, in dem die Bürger*innen über die Annahme oder Ablehnung des Abkommens entscheiden sollen. Nach einer Propagandakampagne von Seiten der Rechten politischen

Kräfte gegen das Abkommen wurde es mit 50.21% knapp abgelehnt. Nach Absprache mit den Gegner*innen des Abkommens wurden einige Punkte modifiziert.

2016

Die Unterzeichnung des Friedensabkommens

Am 24. November 2016 wurde das Abkommen zwischen der FARC-EP Guerilla und dem kolumbianischen Staat unterzeichnet. Der damalige Präsident Juan Manuel Santos wurde dafür mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet. Unter seiner Regierung begannen auch die Friedensverhandlungen mit der ELN-Guerilla, die unter der Duque-Regierung (2019) ausgesetzt wurden.

2018

Beginn der Duque-Regierung

2018 wurde der rechte Iván Duque, zum Präsident Kolumbiens gewählt. Die Duque-Regierung versuchte, die Umsetzung des Friedensabkommens zu boykottieren. Ab 2017 stiegen die Zahlen der Morde, Massaker und Vertreibungen erneut an: Zwischen November 2016 und November 2021 wurden 1.270 soziale Führungspersönlichkeiten und 299 FARC-Unterzeichner*innen des Abkommens ermordet, 250.000 Menschen wurden vertrieben und zwischen Januar 2020 und November 2021 wurden 179 Massaker verübt.

2019 – 2021

Soziale Revolte

2019 – 2021 fanden im Land landesweite Generalstreiks gegen die Duque-Regierung statt. Die massive soziale Mobilisierung führte zu einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit dem neoliberalen System Kolumbiens. Der Staat reagierte mit Gewalt und Repression, Medien stigmatisierten die Revolte. Im Jahr 2021 wurden im Rahmen der Proteste 80 Demonstrant*innen ermordet und hunderte inhaftiert. Die meisten von ihnen waren zwischen 17 und 26 Jahren.

2022

Der historische Pakt: Die Regierung der Hoffnung

2022 gewann der linke Präsidentschaftskandidat Gustavo Petro mit dem Bündnis „Historischer Pakt“ die Präsidentschaft. Er ist der erste linke Präsident in der Geschichte Kolumbiens. Als Vizepräsidentin wurde die afrokolumbianische Anwältin, Umweltaktivistin, ehemalige Goldminenarbeiterin und Hausangestellte Francia Márquez gewählt. Die neue Regierung erkennt den Konflikt und seine strukturellen Ursachen an. Sie priorisiert die Umsetzung des Friedensabkommens und plant bereits eine Landreform.

2022

Veröffentlichung des Berichts der Wahrheitskommission

Im Juni 2022 wurde der Abschlussbericht der Wahrheitskommission veröffentlicht. Im Bericht wird untersucht, was im Rahmen des Konflikts in den letzten 60 Jahren in Kolumbien

geschehen ist und auch eine Erklärung über die Gründe für die Weiterführung des Konflikts geben.

2022

Fortsetzung der Verhandlungen mit der ELN

Im November 2022 nahmen die kolumbianische Regierung und die ELN-Guerrilla die Friedensverhandlungen wieder auf. Diese finden derzeit in Caracas, Venezuela statt und gehen schnell voran. Eine erste Vereinbarung ermöglichte bereits die Rückkehr einiger Indigenen-Gemeinschaften in ihre Territorien.

Die Geographie des Konflikts

Der kolumbianische Konflikt ist nicht im ganzen nationalen Territorium einheitlich, und hat, je nach Region, spezifische Dynamiken entwickelt. Gewisse Territorien sind historisch stärker von Gewalt betroffen als andere. Allgemein hat der Konflikt in ländlichen Regionen, an der Peripherie und in Grenzregionen seinen Ursprung und wurde seitdem dort viel stärker ausgetragen als in den Städten. 63,5 % der Opfer lebten in ländlichen Gebieten und in Randgebieten. Dies hat verschiedene Gründe.

Einerseits ist der Staat stark zentralisiert und nur bedingt in den ruralen Zonen des Landes präsent. Seine Präsenz in den ländlichen Regionen ist historisch einer militärischen Art gewesen. Dies begünstigte die Ausweitung und Kontrolle irregulärer bewaffneter Akteure, die in gewissen Fällen als Ersatz des Staates fungierten. Viele junge Menschen treten aufgrund von Gewalt, Perspektivlosigkeit und Prekarität in bewaffnete Gruppierungen ein.

In der Geografie des Konflikts können wir erkennen, wie die Intensität des Konflikts zunimmt, wenn wir uns Gebieten des Landes nähern, die über mehr Bodenschätze verfügen, sowie die Regionen mit einer starken Bodenkonzentration für Monokulturen, extensive Tierhaltung und seit den 1980er Jahren auch illegale Anbaukulturen wie Marihuana, Koka und Mohn. Dort sind Spannungen zwischen Großgrundbesitzer*innen, nationale und internationale Großkonzernen, Bauern und Bäuerinnen, lokale Gemeinschaften, Staat, paramilitärische Gruppen und Guerilla-Gruppierungen an der Tagesordnung. Sie kämpfen um die Territorialkontrolle und verteidigen ihre strategischen Interessen.

Gebiete mit hoher Konfliktintensität

In der Tat haben sich auf dem gesamten kolumbianischen Staatsgebiet strategische Korridore herausgebildet, die für die bewaffneten Akteure eine wichtige Rolle spielen, da sie Zugang zu anderen Ländern, zu Gebieten mit legaler oder illegaler Ausbeutung natürlicher Ressourcen oder zu Gebieten mit illegalem Anbau bieten, die die Grundlage der Kriegswirtschaft bilden und den Gruppen, die die Kontrolle über sie erlangen, erhebliche Vorteile verschaffen.

Aktuelle Lage

Von einem Frieden nach dem Friedensabkommen kann in Kolumbien keine Rede sein. Allein im ersten Halbjahr 2022 wurden über 70.000 Menschen innerhalb Kolumbiens vertrieben. Seit

*dem Abschluss der Friedensverhandlungen im Jahr 2016 bis Ende Juli 2022 wurden in Kolumbien 1.334 Aktivist*innen und 327 ehemalige FARC-Kämpfer*innen ermordet.*

Besonders gefährdet sind Menschen, die sich politisch gegen Bergbau-, Energie- und agroindustrielle Projekte wehren, sowie kommunale Vertreter, die die Durchsetzung ihrer sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Rechte in ihren Gemeinden fordern.

Fast sechs Jahre nach dem Abkommen liegt der Umsetzungsgrad bei weniger als 10 %. Außerdem gibt es ein ernstes Problem der Unterfinanzierung des Abkommens. In den jüngsten Nachrichtenberichten seitens der neuen Regierung wurde berichtet, dass es zu einer schwerwiegenden Veruntreuung von Friedensgeldern unter der Duque-Regierung gekommen ist, die für einen Zeitraum von zehn Jahren vorgesehen waren und innerhalb von vier Jahren für andere Zwecke ausgegeben wurden.

Die Wahl des linken Präsidenten Gustavo Petro erfüllt das Land mit Hoffnung auf strukturelle Veränderungen, die den Weg hin zu einem nachhaltigen Frieden ebnen. Dafür ist eine gerechtere Verteilung der Ressourcen grundlegend, sowie der Schutz der Menschenrechte, Umweltschutz und eine Abkehr des Neoliberalen Systems. Im Rahmen des Gesetzes des „totalen Friedens“ möchte die Regierung Petro den Kontakt zu allen noch aktiven bewaffneten Akteuren wiederherstellen und Friedensverhandlungen mit ihnen führen. Das Gesetz wurde in den ersten hundert Tagen der neuen Regierung verabschiedet, ebenso wie eine Steuerreform. Die Umsetzung des Friedensabkommens hat höchste Priorität und wird beschleunigt.